Baden-Württemberg

Komm.ONE fordert neue Dynamik

[06.07.2026] Die Verwaltungsdigitalisierung in Baden-Württemberg soll deutlich an Tempo gewinnen. Im Mittelpunkt stehen eine engere Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, verlässliche Finanzierungsmodelle sowie eine stärkere Rolle des kommunalen IT-Dienstleisters bei der Umsetzung zentraler Digitalisierungsprojekte. Auch eine langfristige Annäherung an die Landes-IT BITBW schließen die Verantwortlichen nicht aus.

Die Verwaltungsdigitalisierung ist längst zu einer politischen Kernaufgabe geworden. Davon sind Roland Bernhard, Landrat des Landkreises Böblingen und Vorsitzender des Zweckverbands 4IT, sowie William Schmitt, Vorstandsvorsitzender von Komm.ONE, überzeugt. In einem Hintergrundgespräch am vergangenen Mittwoch (1. Juli 2026) in Stuttgart machten beide deutlich, dass die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung inzwischen weit über technische Fragen hinausgehe. Sie sei Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat und für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliches Handeln.

„Früher war das Thema politisch zweit- oder drittrangig“, sagte Bernhard. Heute wisse jeder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, dass eine funktionierende digitale Verwaltung entscheidend sei. Gelinge die Modernisierung nicht, drohe langfristig ein Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Komm.ONE will stärker gestaltend auftreten

Mit dieser Entwicklung sieht sich auch Komm.ONE in einer neuen Rolle. Der kommunale IT-Dienstleister verstehe sich nicht mehr ausschließlich als Anbieter von Software oder Rechenzentrumsleistungen. Ziel sei vielmehr, als Servicebroker unterschiedliche Lösungen zusammenzuführen und Kommunen als zentraler Ansprechpartner durch den digitalen Wandel zu begleiten. Willam Schmitt machte deutlich, dass Eigenentwicklungen künftig nicht mehr im Mittelpunkt stünden. Stattdessen wolle Komm.ONE bewährte Lösungen integrieren und dort einsetzen, wo sie den Kommunen den größten Nutzen brächten. Entscheidend sei dabei, digitale Verwaltungsleistungen möglichst standardisiert und flächendeckend bereitzustellen.

Nach Einschätzung der Verantwortlichen gewinnt Komm.ONE auch politisch an Bedeutung. Erstmals sei der kommunale IT-Dienstleister bereits im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg eingebunden worden. Im aktuellen Koalitionsvertrag werde Komm.ONE mehrfach ausdrücklich erwähnt. Bernhard wertet dies als Zeichen dafür, dass die kommunale Digitalisierung inzwischen auf Landesebene einen deutlich höheren Stellenwert einnimmt.

Engere Zusammenarbeit mit der Landes-IT

Ein zentrales Anliegen ist für Bernhard die engere Zusammenarbeit zwischen Komm.ONE und der Landesoberbehörde BITBW. Beide Organisationen kooperieren bereits beim Bau eines gemeinsamen Rechenzentrums in Renningen. Dieses Projekt betrachtet er als ersten Schritt einer langfristigen Annäherung. Perspektivisch könne daraus eine noch engere organisatorische Zusammenarbeit entstehen.

Ziel sei es, Doppelentwicklungen zwischen Landes- und Kommunal-IT zu vermeiden und vorhandene Ressourcen effizienter einzusetzen. Gemeinsame Beschaffungen, eine abgestimmte Lizenzstrategie und einheitliche technische Standards könnten nach seiner Einschätzung erhebliche Synergien schaffen. Schmitt betonte ebenfalls die Bedeutung gemeinsamer Strukturen. Digitalisierung lasse sich nur dann beschleunigen, wenn Land und Kommunen ihre Entwicklungen frühzeitig aufeinander abstimmten und vorhandene Lösungen gemeinsam nutzten.

Mehr Verbindlichkeit beim Onlinezugangsgesetz

Kritisch bewerten beide Gesprächspartner den bisherigen Verlauf der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Zwar seien zahlreiche digitale Angebote entstanden. Oft endeten diese jedoch an der „Bordsteinkante des Rathauses“, weil sie nicht durchgängig mit den Fachverfahren der Verwaltung verbunden seien. Nach Auffassung von Schmitt müsse der Fokus künftig stärker auf vollständigen Ende-zu-Ende-Prozessen liegen. Digitale Anträge müssten automatisch bis in die Fachverfahren hinein verarbeitet werden. Nur so entstünden tatsächliche Entlastungen für die Beschäftigten in den Verwaltungen.

Statt möglichst viele Online-Dienste bereitzustellen, plädiert Komm.ONE dafür, sich zunächst auf besonders häufig genutzte Verwaltungsleistungen zu konzentrieren. Dazu zählen beispielsweise die An- und Ummeldung von Wohnsitzen, Gewerbeanmeldungen oder Verfahren im Kfz-Bereich.

Registermodernisierung als Schlüsselprojekt

Eine zentrale Voraussetzung dafür sehen Bernhard und Schmitt in der Registermodernisierung. Ziel sei das Once-Only-Prinzip: Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Daten künftig nur noch einmal angeben müssen. Anschließend sollen die erforderlichen Informationen zwischen den berechtigten Behörden ausgetauscht werden. Nach Einschätzung von Komm.ONE fehlen bislang jedoch bundesweit einheitliche Architekturen und technische Standards. Ohne diese Grundlagen bestehe die Gefahr neuer Insellösungen.

Großen Handlungsbedarf sehen beide Gesprächspartner auch bei der Finanzierung der Digitalisierung. Kurzfristige Projektförderungen erschwerten eine nachhaltige Planung. Bernhard fordert deshalb mehrjährige Finanzierungszusagen. „Wir brauchen mindestens drei Jahre Finanzierungssicherheit“, sagte er. Digitalisierung lasse sich nicht in kurzen Projektzyklen organisieren. Gleichzeitig müssten Kommunen die erzielten Effizienzgewinne stärker nutzen, um den zunehmenden Fachkräftemangel zu bewältigen. Auch Schmitt sprach sich für langfristige Finanzierungsmodelle aus. Digitalisierung dürfe nicht davon abhängen, ob Fördermittel nach wenigen Monaten ausgeschöpft seien.

Digitale Souveränität gewinnt an Bedeutung

Breiten Raum nahm im Gespräch außerdem die digitale Souveränität ein. Angesichts geopolitischer Entwicklungen und wachsender Cyber-Bedrohungen müsse Deutschland unabhängiger von internationalen Technologieanbietern werden. Schmitt sprach sich dafür aus, europäische Cloud-Infrastrukturen und offene Standards konsequent weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müsse der Staat stärker als bisher eigene digitale Infrastrukturen fördern. Dabei gehe es nicht darum, bestehende Lösungen kurzfristig vollständig zu ersetzen, sondern schrittweise Alternativen aufzubauen und Wechselmöglichkeiten zu schaffen.

Kooperation statt Konkurrenz

Auch die Zusammenarbeit der kommunalen IT-Dienstleister habe sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Während früher häufig parallele Entwicklungen entstanden seien, wachse inzwischen die Bereitschaft zur Kooperation. Der Grund liege vor allem in der steigenden Komplexität neuer Technologien wie Cloud-Plattformen, Künstlicher Intelligenz oder Cyber-Sicherheit. Nach Ansicht von Schmitt werde künftig kein kommunaler IT-Dienstleister diese Herausforderungen allein bewältigen können. Gemeinsame Entwicklungen seien wirtschaftlicher und ermöglichten eine schnellere Umsetzung.

Für Bernhard steht deshalb fest, dass Baden-Württemberg die Chance habe, bundesweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Voraussetzung sei jedoch, dass Land, Kommunen und ihre IT-Dienstleister künftig enger zusammenarbeiten und gemeinsame Standards konsequent umsetzen.

()

Stichwörter: Politik, Komm.ONE, Baden-Württemberg